

BESCHLUSSLAGE ZUR ASYLPOLITIK



gemeinsame europäische Politik

- Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Asylbehörde und eine gemeinsame EU-Liste von sicheren Herkunftsstaaten
- Frontex soll durch das europäische Parlament kontrolliert werden
- Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke unter der Entscheidungsbefugnis der EU-Kommission sollen weiterentwickelt werden



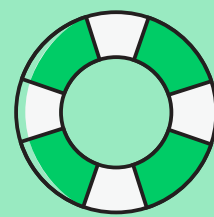
europäische Solidarität

- Wir fordern die Aufnahme von Geflüchteten durch alle Mitgliedstaaten und eine Reform der Dublin-III-Verordnung
- Ein gerechter Verteilungsschlüssel (basierend auf BIP, Einwohnerzahl und Wünschen der Geflüchteten) muss eingeführt werden
- Die administrativen und rechtlichen Standards müssen harmonisiert werden



wertebasierte Politik

- Wir fordern die Beachtung der Menschenrechte, v.a. die Genfer Flüchtlingskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention
- Eine effektive entwicklungspolitische Strategie und Handelspolitik zur Fluchtursachenbekämpfung muss eingerichtet werden
- Geflüchtete müssen nachhaltig in die europäische Gesellschaft durch Sprachkurse und Bildungsangebote integriert werden
- Geflüchtete, sollen schnellstmöglich eine Arbeitserlaubnis zu bekommen



sichere Fluchtwege

- Wir fordern einen gemeinsamen Schutzraum für Geflüchtete in Europa
- Die Geltendmachung des Asylrechts muss sicher sein
- Asylanträge in EU-Vertretungen und Schengen-Visa aufgrund humanitärer Dringlichkeit müssen möglich werden
- Flüchtlinge sollen auch aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig aufgenommen werden
- Wir fordern mehr Kooperation mit dem Resettlement Programm des UNHCR
- Die EU soll ein Frühwarnsystem für Fluchtbewegungen entwickeln

Weitere Infos zur Beschlusslage der JEF Deutschland findet ihr unter www.jef.de/politik

Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland sind eine überparteiliche Jugendorganisation mit Mitgliedern zwischen 16 und 35 Jahren, 100 lokalen Gruppen in Deutschland und 13.000 Mitgliedern in mehr als 30 Ländern. Der Verband setzt sich seit 70 Jahren für die Vereinigten Staaten von Europa ein, fordert mehr europäische Zusammenarbeit und fördert europäische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte. JEF setzt sich für eine aktivere Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben und in der Politik ein. Die JEF Deutschland wurden 1949 gegründet und damit die älteste pro-europäische und einzige föderalistische Jugendorganisation in Deutschland.

BESCHLUSSLAGE ZUR ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK



Arbeit und soziale Sicherung

- Wir fordern eine Arbeitslosen-Mindestversicherung auf europäischer Ebene finanziert aus Lohnnebenkosten
- Unternehmen, die mit KI Arbeitsplätze einsparen, sollten besteuert werden für einen sozialverträglicher Übergang von Beschäftigten in diesen Bereichen
- Wir fordern die Schaffung einer EU-Arbeitsmarktbehörde unter Einbeziehung des EURES (Europäisches Portal zur beruflichen Mobilität) und europäischer Tarifpartner



Europäische Säule Sozialer Rechte

- Die Grundsätze der ESSR sollen rechtlich verbindlich und einklagbar werden
- Die ESSR sollte in das Primärrecht eingegliedert werden
- Die sozialen Recht und Grundsätze sollen auf alle Mitgliedstaaten angewandt werden
- Die sozialen Mindeststandards wie Mindestlöhne und Grundsicherungen, die sich jeweils an wirtschaftlichen Kennziffern der Mitgliedstaaten orientieren, sollen europaweit umgesetzt werden



Bildung

- Wir fordern die grenzüberschreitende Anerkennung von schulischen, berufsbildenden und akademischen Abschlüssen
- Anerkennung von Fähigkeiten aus der nonformalen Bildung sollen besser anerkannt werden
- Grenzüberschreitende duale berufliche und akademische Abschlüsse müssen mehr gefördert werden
- Wir fordern die Ausweitung der Hochschulzusammenarbeit und von dualen Ausbildungen in Grenzregionen sowie bessere grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Wissenschaft



Mobilität

- Jugendmobilität muss als zentrales Gestaltungsmittel einer europäischen Zivilgesellschaft verstanden werden
- Wir fordern die Ausweitung der Bildungsmobilitätsprogramme und finanzielle Aufstockung von Erasmus+
- Es muss ein besserer Zugang zu Bildungsmobilitätsprogrammen für alle jungen Menschen garantiert werden
- Wir fordern ein kostenloses Interrailticket für alle Europäer*innen zum 18. Geburtstag

BESCHLUSSLAGE ZUR JUGENDPOLITIK



Wahlen und Mitbestimmung

- Wir fordern ein EU-weites Wahlrecht ab 16 Jahren
- Die EU-Jugendstrategie und einer eigenständigen Jugendpolitik müssen besser umgesetzt werden
- Dauerhafte Mechanismen zur Partizipation von jungen Menschen und Jugendverbänden sollen eingeführt werden und der Jugenddialog ausgebaut werden
- Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft soll eine EU-Jugendkonferenz durchgeführt werden
- Die Beteiligung von Jugendverbänden bei Entscheidungen, die besonders junge Menschen betreffen, muss garantiert werden



Arbeit und Engagement

- Wir fordern die Verbesserung der grenzüberschreitenden Anerkennung von schulischen, berufsbildenden und akademischen Abschlüssen
- Fähigkeiten aus der nonformalen Bildung und Freiwilligentätigkeit müssen besser anerkannt werden
- Wir fordern eine Europäischen Charta für die Qualität von Praktika
- Es muss eine angemessene Vergütung für Praktika geben und qualitativ hochwertige Praktika durch alle staatlichen Institutionen sollen garantiert werden
- Wir fordern die Stärkung des Europäischen Freiwilligendienst



Bildung

- Wir fordern die Förderung von grenzüberschreitenden dualen beruflichen und akademischen Abschlüssen
- Ausweitung der Hochschulzusammenarbeit und von dualen Ausbildungen in Grenzregionen müssen ausgeweitet werden
- Die grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Wissenschaft soll weiter ausgebaut werden
- Wir fordern den Ausbau und Förderung der politischen Bildung sowie der Bildung und Weiterbildung im Rahmen der Digitalisierung



Mobilität

- Jugendmobilität muss als zentrales Gestaltungsmittel einer europäischen Zivilgesellschaft verstanden werden
- Wir fordern die Förderung des schulischen europaweiten Austausches
- Bildungsmobilitätsprogramme müssen ausgebaut und Erasmus+ finanziell aufgestockt werden
- Es muss ein besserer Zugang zu Bildungsmobilitätsprogrammen für alle jungen Menschen garantiert werden
- Wir fordern ein kostenloses Interrailticket für alle Europäer*innen zum 18. Geburtstag

Weitere Infos zur Beschlusslage der JEF Deutschland findet ihr unter
www.jef.de/politik

BESCHLUSSLAGE ZUR UMWELTPOLITIK



Klima

Wir fordern die Reduzierung der Treibhausgase bis 2030 um mindestens 40% und den Beschluss weitergehender Klimaziele.

Die Klimaziele des Pariser Klimaabkommens müssen effektiv umgesetzt werden.

Mitgliedstaaten, die ihre Klimaziele nicht einhalten, sollen sanktioniert werden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollen sich für die ausreichende finanzielle Ausstattung des Green Climate Funds einsetzen.

Wir fordern einen multisektoralen Ansatz zur Bekämpfung des Klimawandels (zB durch Klimaschutzmaßnahmen im Agrarsektor) und die Einbeziehung weiterer klimaschädlicher Sektoren sowie den Beschluss weitergehender Maßnahmen.

Neben dem Kampf gegen den Klimawandel müssen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel getroffen werden.

Die EU soll finanzielle und technische Hilfe leisten für Staaten, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, und mit ihnen eng kooperieren.



Energie

Wir fordern die Einführung einer europäischen Energieunion, die den europäischen Energie- und Umweltbereich klimafreundlich gestalten soll.

Wir fordern eine Reduzierung von Treibhausgasen in der Energiegewinnung.



Zertifikatehandel

Wir fordern die Einführung eines Emissionshandels zwischen den G20-Staaten.

Der Flugverkehr und weitere klimaschädliche Sektoren sollten in den bestehenden EU-Zertifikatehandel einbezogen werden.

Der bestehende Zertifikatehandels muss umgestaltet und verbessert werden und entweder ein weitergehender Zertifikatehandel oder eine Steuer eingeführt werden.



Handel

Wir fordern die Einbeziehung der Klimapolitik in die europäische Handelspolitik.

Wir fordern die effektive Durchsetzung und rechtliche Verbindlichkeit von Umwelt- und Arbeitsstandards in Handelsverträgen.

Ausreichende und effektive Umweltstandards müssen in die Handelspolitik einbezogen werden.

Durch Handelsverträge darf es zu keiner Aufweichung des Vorsorgeprinzips kommen. Handelsverträge sollen nur ratifiziert werden, wenn diese umweltverträglich sind.



Umwelt- und Sicherheitsstandards

Wir fordern eine angemessene Weiterentwicklung von Sicherheitsstandards für Industrieanlagen.

Ein koordinierter Katastrophenschutz soll auf europäischer Ebene ausgebaut werden.

Wir fordern die Ausweitung von grenzüberschreitenden Flächen als „Europaschutzgebiete“ und grenzüberschreitende Managementstrukturen von Schutzgebieten zur Schutz der Biodiversität.

BESCHLUSSLAGE ZUR AUSSENPOLITIK



Gemeinsame Europäische Außenpolitik

Die EU muss außenpolitisch mit einer Stimme sprechen und wir fordern dafür die Einführung von Mehrheitsentscheidungen über Außenpolitik im Europäischen Rat.



Gemeinsame Europäische Armee

Die militärische Zusammenarbeit in Europa soll ausgebaut werden und ein europäisches Verteidigungsministerium kontrolliert vom Europäischen Parlament und ausgestattet mit finanziellen Mitteln für die Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit geschaffen werden.

Langfristig soll eine gemeinsame europäische Armee eingeführt werden, die die nationalen Armeen ersetzen soll.



Handel

Wir fordern die Abschaffung von Agrarexportsubventionen und ungerechtfertigter Handelshemmnisse.

Die europäische Handelspolitik sollte dazu eingesetzt werden, weltweit faire Umwelt- und Arbeitsstandards durchzusetzen.



Menschenrechte und Völkerrecht

Die EU muss sowohl intern als auch international für Menschenrechte eintreten und diese verteidigen. Die EU soll international für die Einhaltung von Völkerrecht eintreten und weltweit Demokratiebewegungen unterstützen.



Geheimdienste

Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Spionageabwehr und die Koordinierung der geheimdienstlichen Tätigkeiten der EU-Mitgliedstaaten.

Spionage zwischen EU-Mitgliedstaaten soll ausgeschlossen werden und Geheimdienste müssen grundsätzlich parlamentarisch überwacht werden.

Langfristig fordern wir EU-eigene Geheimdienste, die die nationalen ersetzen können.

BESCHLUSSLAGE ZU UNSEREN DEMOKRATISCHEN GRUNDWERTEN



Europa als Werte- gemeinschaft

Wir verstehen die EU als Wertegemeinschaft. Die europäische Idee und der europäische Bundesstaat, für den wir eintreten, fußt auf Menschenwürde, Toleranz, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit und anderen fundamentalen Menschenrechten und Prinzipien.

Wir sind ein pro-europäischer überparteilicher und überkonfessioneller Verband, der für ein freiheitliches, tolerantes, demokratisches, pluralistisches, solidarisches und werteorientiertes Europa und Miteinander steht.

Wir fordern ein Vorgehen gegen die Unterwanderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten auch durch Verknüpfung von Finanzmitteln mit der Einhaltung der grundlegenden europäischen Werten. Außerdem soll ein unabhängiges Berichtssystem über die rechtstaatliche Situation in den Mitgliedstaaten eingeführt werden.



Öffentlichkeit

Wir wollen eine europäische Öffentlichkeit schaffen.

Wir fordern einen föderal ausgebauten europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk als transnationales Netzwerk der nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten finanziert durch einen europäischen Fonds Einrichtung eines europäischen Mediennetzwerk mit Nachrichten und Unterhaltungsformaten mit sachlich-kritischer Berichterstattung über europapolitische Themen



Mitgliedschaft in der EU

Nur Länder, die die grundlegenden Werte der EU einhalten, können Mitglied der EU werden.

Die EU sollte insgesamt in ihrer Nachbarschaftspolitik die Einhaltung dieser Werte einfordern. Auch innerhalb der EU muss die Einhaltung der grundlegenden Werte eingehalten und durchgesetzt werden.

Mitgliedstaaten, die sich nicht an die grundlegenden Werte halten, sollten finanziell oder politisch sanktioniert werden.



Menschenrechte

Die EU muss sowohl intern als auch international für Menschenrechte einstehen und diese verteidigen. Die EU soll international für die Einhaltung von Völkerrecht einstehen und weltweit Demokratiebewegungen unterstützen.

Wir fordern einfachen, diskriminierungsfreien und flächendeckenden Zugang zu Wasser als Menschenrecht.

Wir fordern die europaweite Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sowie deren rechtliche und steuerliche Gleichstellung zu gemischtgeschlechtlichen Partnerschaften. Wir fordern die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, Kinder adoptieren zu dürfen um ihnen eine sichere und glückliche Kindheit zu gewährleisten. Die Änderung des Geschlechts für Intersex*-, Queer*- und Trans*personen soll europaweit vereinheitlicht und vereinfacht werden. Verbesserung des Minderheitenschutzes in den Mitgliedstaaten und Einführung eines Monitoring-Prozesses

BESCHLUSSLAGE ZU UNSEREN DEMOKRATISCHEN GRUNDWERTEN



Gegen Populismus

Wir lehnen jede Form von anti-europäischem Populismus, unabhängig der politischen Richtung, ab. Wir wollen Populismus und Europaskeptizismus aktiv begegnen und mit sachargumenten kontern. Mit unseren Überzeugungen und Argumenten wollen wir selbstbewusst in die Öffentlichkeit treten und für unsere Ideen von Europa werben. Wir arbeiten vor allem aktiv gegen die Verbreitung von rechtspopulistischem und rechtsextremen Gedankengut.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD/JA

Wir stehen klar zu unserer pro-europäischen föderalistischen Ausrichtung, unseren Werten und einem demokratischen Grundkonsens. Eine Mitgliedschaft in der AfD oder JA ist unvereinbar mit einer JEF-Mitgliedschaft. Wir haben die aktive Zusammenarbeit mit der AfD, der JA und allen AfD-nahen Hochschulgruppen und Organisationen ausgeschlossen. Wir werden keine AfD/JA-Vertreter*innen zu eigenen Veranstaltungen einladen und nicht an AfD/JA-Veranstaltungen teilnehmen.



Gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus

Wir stellen uns gegen jede Form rassistischer und fremdenfeindlicher Hetze gegenüber Migrant*innen und insbesondere gegenüber Geflüchteten. Wir stehen für ein friedliches, sicheres und tolerantes Europa und eine offene Gesellschaft.

Die Mitgliedstaaten sollten aktiv mit den Balkanländern an der Umsetzung der Antiziganismusstrategie arbeiten.

Organisationen, die den europäischen Grundwerten entgegenlaufen dürfen nicht von der finanziellen Unterstützung der EU profitieren. Wir lehnen eine Finanzierung von BDS-Aktivitäten strikt ab. Eine Unterstützung oder Bewerbung von BDS-Aktivitäten muss zu einem Ausschlusskriterium für eine Förderung durch EU-Gelder werden.

Wir rufen dazu auf, sich gemeinsam gegen jede Form von Rechtsradikalismus und ganz besonders Antisemitismus zu stellen, stetig wachsam zu sein und für fundamentale Werte und Rechte zu streiten.

Weitere Infos zur Beschlusslage der JEF Deutschland findet ihr unter
www.jef.de/politik

Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland sind eine überparteiliche Jugendorganisation mit Mitgliedern zwischen 16 und 35 Jahren, 100 lokalen Gruppen in Deutschland und 13.000 Mitgliedern in mehr als 30 Ländern. Der Verband setzt sich seit 70 Jahren für die Vereinigten Staaten von Europa ein, fordert mehr europäische Zusammenarbeit und fördert europäische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte. JEF setzt sich für eine aktivere Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben und in der Politik ein. Die JEF Deutschland wurden 1949 gegründet und damit die älteste pro-europäische und einzige föderalistische Jugendorganisation in Deutschland.

BESCHLUSSLAGE ZU MITGLIEDSTAATEN



Erweiterungspolitik

Wir fordern die Einhaltung bestimmter Kriterien und Werte als Voraussetzung zum EU-Beitritt. Erweiterung soll es nur bei Einhaltung der Kopenhagen Kriterien geben. Ein transparenter und glaubwürdiger Beitrittsprozess soll sichergestellt und klare Beitrittskriterien sollen definiert werden. Die gleichen Kriterien sollen auch in der Nachbarschaftspolitik angelegt werden. Wir fordern die konsequente Unterstützung wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger Investitionen in den Beitrittskandidaten. Die Beitrittskandidaten sollen stärker wirtschaftlich an die EU angebunden werden.



Mitgliedschaft

Wir fordern die Einhaltung demokratischer europäischer Grundwerte durch alle Mitgliedstaaten. Auch nach Beitritt soll die Einhaltung der Kopenhager Kriterien durch ein transparentes sanktionsbewertes System überprüft werden. Die Einhaltung der grundlegenden Werte soll sowohl durch die EU, die anderen Mitgliedstaaten und die europäischen Parteifamilien durchgesetzt werden. Wir begrüßen die Möglichkeit der Verknüpfung der Einhaltung grundlegender Werte mit finanziellen Hilfen. Mitgliedstaaten, die sich nicht an die demokratischen Grundwerte halten, sollen sanktioniert werden. Bei Nichteinhaltung soll ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren nach Art. 7 EUV durchgeführt werden. Wir fordern die Stärkung der Zivilbevölkerung in Mitgliedstaaten, die rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze abschaffen. Es sollen keine weiteren Ausnahmen für einzelne Mitgliedstaaten eingeführt werden und bestehende Ausnahmen sollten abgebaut werden. Es sollen gleiche Regeln und Anforderungen für alle Mitgliedstaaten bestehen. Wir unterstützen ein "Europa der zwei Geschwindigkeiten" zur weiteren Integration.



Regionalismus

Wir unterstützen die Vielfalt regionaler Identitäten in Europa. Die Mitgliedstaaten sollten auf Regionalisierungsprozesse und innere Föderalismusprozesse eingehen und diese unterstützen. Allerdings stehen regionale Nationenbildungsprozesse nicht mit unserem Verständnis von europäischem Föderalismus überein. Die europäische föderalistische Bewegung will den Nationalismus in Europa überwinden und die Nationen in eine Föderation einbinden. Regionen sollten in ein föderales europäisches Mehrebenensystem eingegliedert werden. Wir unterstützen Unabhängigkeitsbewegungen falls es keine andere Möglichkeit regionaler Selbstbestimmung gibt, aber rufen immer zur friedlichen Lösung von regionalen Konflikten auf.

BESCHLUSSLAGE ZU GRENZÜBERSCHREITENDER ZUSAMMENARBEIT



Mobilität

Wir fordern die grenzübergreifende Anerkennung von schulischen, berufsbildenden und akademischen Abschlüssen.

Wir fordern die Abschaffung von Visaschranken für junge Europäer*innen
Alle EU-Bürger*innen sollten zum 18. Geburtstag ein kostenloses Interrail-Ticket erhalten, das sie bis zum Ende des 27. Lebensjahres einlösen können.

Erasmus+ sollte finanziell aufgestockt werden und auch darüber hinaus sollte europäische Jugendaustausch gefördert werden.

Mobilität und Verkehrsnetze sollen transnational gefördert und ausgebaut werden
Wir fordern den Ausbau grenzübergreifendes Zugverkehrs sowie Investitionen in die grenzübergreifende Infrastruktur oder eine Harmonisierung der Beförderungsentgelte.



Zusammenhalt

Englisch sollte als zweite Amtssprache in allen Mitgliedsstaaten etabliert werden.

Wir fordern die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit.
Ein europäischer öffentlich-rechtlicher Rundfunk sollte eingerichtet werden. Der Rundfunk sollte föderal ausgebaut als transnationales Netzwerk der nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten ausgebaut werden. Die vom öffentlichen Rundfunk erarbeiteten Programme sollten durch nationale Rundfunksender ausgestrahlt werden. Finanziert werden sollte der Rundfunk durch einen öffentlichen Fond.



Stärkung der Regionen

Wir unterstützen die Vielfalt regionaler Identität in Europa.

Wir fordern die Bündelung knapper Ressourcen in Grenzregionen und einen frühzeitigen Austausch in Grenzregionen durch Austausch und Praktika.

Ausbau Projekte und Clusterbildung im Bereich der Hochschulzusammenarbeit in Grenzregionen sollen ausgebaut werden.

Für die Realisierung grenzüberschreitender Projekte soll eine bessere Koordinierung erreicht werden und Planungen, Wirtschaftlichkeitsanalysen und Bewertungen sollten besser abgestimmt werden.

Wir fordern die Einrichtung einer Informationsplattform für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt

BESCHLUSSLAGE ZU INSTITUTIONELLEN REFORMEN



Europäische Verfassung

Wir fordern die Einberufung eines Konvents zur Erarbeitung einer europäischen Verfassung. Die europäischen Verträge sollen zur Stärkung der europäischen Demokratie geändert werden. Die hier institutionell beschriebenen Ideen sollen im Rahmen der europäischen Verfassung umgesetzt werden.



Wahlrecht

Abgeordneten des Europäischen Parlaments sollen durch transnationale Listen gewählt werden. Wir fordern die Einführung eines einheitlichen Wahlrechts von 16 Jahren zur Europawahl.

Wir fordern ein transnationales und einheitliches Wahlsystem einschließlich transnationaler Listen in einem europäischen Wahlkreis und europäischen Direktkandidaten in Wahlkreisen.

Wir fordern die Beibehaltung und Stärkung des Spitzenkandidatenprinzips.

Die europäischen Parteifamilien sollen gemeinsame Wahlprogramme verabschieden.

Wir fordern gemeinsame Regeln zur Stimmabgabe und einheitliche Gestaltung der Wahlzettel zur Europawahl. Außerdem sollen die europäischen Parteifamilien auf den Wahlzetteln sichtbar werden.

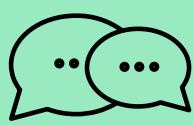
Wir fordern die Einführung eines europäischen Wählerverzeichnisses.



Kommission

Wir fordern die rechtliche Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips im EU-Recht. Spitzenkandidat*innen für die Kommissionspräsidentschaft sollen durch die europäischen Parteifamilien spätestens 12 Wochen vor der Europawahl aufgestellt werden. Die europäischen Spitzenkandidaten sollen durch ihre nationale Parteien unterstützt werden. Die Spitzenkandidaten sollen eine ausreichende Öffentlichkeit im Europawahlkampf erhalten unter anderem durch die Ausstrahlung von Fernsehduellen. Die Mitglieder des europäischen Rates sollen zusichern, ausschließlich Spitzenkandidaten zu wählen. Die BRD soll sich für die Einführung transnationaler Listen und einer rechtlichen Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips einsetzen.

Langfristig soll die Kommission ausschließlich durch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt werden.



Europäische Parteien

Es müssen tatsächliche europäische Parteien etabliert werden.

Wir brauchen Engagement der europäischen Parteifamilien auch außerhalb der Wahlkampfzeit. Außerdem benötigen wir die Sichtbarmachung und bessere Zusammenarbeit der europäischen Parteifamilien.

Außerdem sollen die nationale Parteien europäischer denken und die europäische Dimension der Europawahl betonen. Die Logos der europäischen Parteifamilien sollten durch nationale Parteien im Wahlkampf genutzt werden.



institutionelle Reformen

Wir fordern die Stärkung der europäischen Demokratie und Parlamentarismus.

Wir fordern insbesondere ein Initiativrecht für das Europäische Parlament.

Wir sind offen für die Möglichkeit der Einführung eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeit und unterstützen vor allem eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Währungspolitik, bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, beim Klimaschutz, beim Datenschutz, bei sozialen Mindeststandard oder auch bei der (Jugend-)Arbeitslosigkeit.

Wir fordern ein Transparenzregister mit Registrierung und Veröffentlichung von Interessenvertreter*innen und deren Treffen in Brüssel sowie Einführung eines Transparenzportals.

BESCHLUSSLAGE ZU WIRTSCHAFTSPOLITIK

wirtschaftliche Reformen

Wir fordern die vollständige politische, wirtschaftliche und fiskalische Integration der EU. Ein europäisches Wirtschaftsministerium zur Koordinierung der europäischen Wirtschaft soll eingeführt werden.

Die EU sollte generelle Kompetenz zur Rahmengesetzgebung über Arbeitsrecht, Umwelt- und Verbraucherschutz und Gewerberecht erhalten. Darüber hinaus sollte der Telekommunikationsmarkt vollständig europäisiert werden. Datenschutz- und Urheberrecht sollte angeglichen werden.

Wir fordern gemeinsamen Mechanismus zur Abwicklung maroder Institute und die Beteiligung des Europäischen Parlaments beim Europäischen Semester.

Ein Schuldentilgungsfonds zum Abbau der Schulden der Mitgliedstaaten oder Ausgabe gemeinsam garantierter europäischer Schuldscheine sollen eingeführt werden.

Wir fordern einen gemeinsamen europäischen Einlagensicherungsfonds und für den Notfall eine gemeinsame Bankenrettung.

Haushalt

Wir fordern die Einführung eines eigenständigen (steuerfinanzierten) EU-Haushalts sowie die Abschaffung des Mehrjährigen Finanzrahmens. Der EU-Haushalt sollte deutlich aufgestockt werden.

Eine besondere Haushaltslinie für weitergehende Projekte im Wege eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten und Flexibilität der Haushaltsobergrenzen zur schnelleren Reaktion auf Konjunkturlagen sollten eingeführt werden.

Die Finanzierung der EU soll durch eigene Steuern, insbesondere Finanzmarkttransaktionssteuer und Körperschaftsteuer stattfinden.

Die europäischen Steuern sollen durch das Europäische Parlament und Rat festgelegt werden.

Die europäischen Steuern sollen nationale Steuern ersetzen, um eine Doppelbelastung zu verhindern.

Steuerpolitik

Wir fordern die Einführung einer europäischen Finanzmarkttransaktionssteuer und einer Körperschaftsteuer sowie gemeinsame Bemessungsgrundlage für Besteuerungen.

Der EU-Haushalt soll durch eine europäische Steuer festgelegt durch das Europäische Parlament und den Rat finanziert werden.

Bisher bestehende Steuersätze sollten durch Einführung von Mindeststeuersätzen harmonisiert werden. Ein „Steuertourismus“ innerhalb Europas soll durch Anpassung der nationalen Steuergesetzgebung verhindert werden. Steuerrechtliche

Ausnahmeregelungen in Überseegebieten und autonomen Territorien gehören abgeschafft.

Ein gerechtes Steuersystem soll durch ein Country-by-Country-Reporting-System für Unternehmen sichergestellt werden. Es sollte eine EU-weite, einheitliche effektive Mindestbesteuerung für Unternehmen geben.

Arbeitsmarkt

Die Wahrnehmung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sollte erleichtert werden unter anderem durch Einführung einer europaweiten Jobinformationsplattform.

Wir fordern eine bessere Anerkennung von Abschlüssen und Ausbildungen sowie weiteren beruflichen Qualifikationen in ganz Europa.

Wir fordern ein gemeinsames konjunkturspezifisches Versicherungssystem und eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung. Auf europäischer Ebene sollte eine Arbeitslosen-Mindestversicherung finanziert aus Lohnnebenkosten eingeführt werden als teilweiser Ersatz der derzeit bestehenden nationalen Versicherungssysteme.

Die europäische Arbeitslosen-Mindestversicherung soll einen Mindestschutz in subsidiärer Funktion bieten.

Handel

Wir fordern die Abschaffung von Agrarexportsubventionen und ungerechtfertigter Handelshemmnisse.

Die europäische Handelspolitik sollte dazu eingesetzt werden, weltweit faire Umwelt- und Arbeitsstandards durchzusetzen